

=====
DER HAUPTFFIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

April 1949

Nr. 43

Preis S 2,-

=====
DIE IMPERIALISTEN BEREITEN DEN KRIEG GEGEN DIE SU VOR!
=====

Der Höhepunkt der Konjunktur in USA wurde bereits 1948 überschritten. Die Vorzeichen der Krise (Stillstand im Ausbau des Produktionsapparates, Rückgang des Verkaufs von Konsumgütern, Steigen der Arbeitslosigkeit, Rückgang des Exportes) sind bereits zu erkennen. Vier Jahre nach dem Ende des 2. imperialistischen Weltgemetzels findet sich der Weltkapitalismus schon wieder in seinen eigenen Widersprüchen gefangen. Das internationale Monopolkapital versucht aus dieser seiner historischen Sackgasse zu entkommen. Das Rezept, das es dabei anwendet ist nicht neu: Aufrüstung und schließlich Krieg. Ein großer Teil Asiens und Europas, das Territorium der SU und zum Teil auch seines Glacis, ist dem kapitalistischen Weltmarkt entzogen, darauf richtet sich der Appetit der Imperialisten. Durch den allimperialistischen Krieg gegen die SU will der Weltkapitalismus unter der Führung der USA einer neuen katastrophalen Krise entgehen. Durch die Zerstörung der sowjetischen Planwirtschaft hoffen die imperialistischen Räuber zu neuen Absatzmärkten zu kommen.

Der Atlantikpakt - ein imperialistischer Raubpakt

Durch die Festigung seiner Positionen in Osteuropa und durch seine Erfolge in China hat der Kreml den USA-Imperialismus gezwungen, seine Pläne zu ändern. Er ließ China fallen und konzentriert jetzt seine Anstrengungen auf Westeuropa. Der Vorbote des Atlantikpaktes, der Marshallplan, half dem stark angeschlagenen Kapitalismus Westeuropas, vor allem in Italien, Frankreich und Deutschland, wieder auf die Beine. Der Atlantikpakt soll ihm jetzt die nötige Rück-

=====
INHALT: Die Imperialisten bereiten den Krieg gegen die SU vor! -
Wohin geht die Scharf-Bewegung? - Streiflichter
=====

kendeckung gegen die SU, aber auch gegen die gegen die imperialistischen Kriegspläne ihrer Bourgeoisien sich auflehrenden Massen geben.

Als Roosevelt in Jalta und Truman in Potsdam mit Stalin zusammenkam, da standen die Hauptvertreter des Weltimperialismus und der Kremldclique unter dem Druck der durch die Leiden der langen Kriegsjahre revolutionierten Massen. Sie teilten die Welt in Einflußsphären auf und betrogen die Massen mit Phrasen von "Demokratie" und "Frieden". Wenn sich auch die Führer der Imperialisten und der Kremldclique gegenseitig hineinzulegen trachteten und keinen Augenblick an die Phrasen, die für die Massen bestimmt waren, glaubten, so waren sie sich dennoch in einem einig: Beide Teile sahen die größte Gefahr in der proletarischen Revolution, um diese zu verhindern waren sie zu jedem Kompromiß bereit.

Diese Zeiten, in denen die Stalinisten salonfähig wurden und in die kapitalistischen Koalitionsregierungen eintraten und andererseits Truman, Churchill und de Gaulle zu den größten "Demokraten" gezählt wurden, dauerten aber nicht lange. Der Stalinbürokratie war es innerhalb von 2 bis 3 Jahren gelungen, die politische Macht des Kapitalismus in ihrem Glacis zu brechen und die revolutionierten Massen in Westeuropa unter ihre Kontrolle zu bekommen. Der USA-Imperialismus schritt zur Gegenoffensive. An die Stelle der Zusammenarbeit trat der Marshallplan, der kalte Krieg, der Atlantikpakt.

Der Atlantikpakt ist eine Neuauflage des Anti-Komintern-Paktes. Was Hitler und Mussolini, die Imperialisten zu einem Raubkrieg gegen die SU zu einigen, nicht gelungen ist, das gelang dem amerikanischen Imperialismus. Der demokratische Deckmantel wurde diesem Abkommen der imperialistischen Räuber nur zum besseren betrügen der Massen umgehängt. Franco, dessen offizielle Einreihung in den Atlantikpakt Washington heute noch zu riskant findet, hatte die Genugtuung, feststellen zu können, daß der Atlantikpakt nichts anderes sei, als die Politik, die er schon längst vorgeschlagen habe. Das unter einer halbfaschistischen Militärdiktatur schmachtende Portugal gehört zu den Teilnehmern des Atlantikpaktes.

Der unmittelbare Zweck des Atlantikpaktes ist, die imperialistische Aufrüstung zu organisieren. Die einzelnen europäischen Imperialisten haben für ihre Militärbudgets folgende Summen für 1949 voranschlagt:

England.....	740	Mill.	engl.	Pfund
Frankreich.....	340	"	"	"
Belgien.....	30	"	"	"
Holland.....	75	"	"	"
<hr/>				
Zusammen	1185	Mill.	engl.	Pfund

Diese Summe, die die Signatarmächte des Brüsseler Paktes allein für die Aufrüstung in einem Jahr ausgeben, ist schon bedeutend höher als der Marshallplan für alle 19 europäischen Marshallplan-Staaten zusammen. Der USA-Imperialismus beabsichtigt 15 Milliarden Dollar im nächsten Fiskaljahr für militärische Zwecke auszugeben. Das sind nur die direkten militärischen Ausgaben, mit den indirekten Ausgaben für die Aufrüstung ist die Gesamtsumme noch bedeutend höher.

Dazu kommt noch ein von Truman vorgeschlagenes zweites Pacht- und Leihgesetz, in dessen Rahmen Waffen im Werte von 2 Milliarden Dollar, darunter auch an Persien, Türkei und Griechenland, geliefert werden sollen.

Die im Rahmen des Atlantikpaktes vorgesehene "wirtschaftliche Zusammenarbeit" wird vor allem der Verschärfung des Wirtschafts-

krieges gegen die SU und ihre Satellitenstaaten dienen. Eine Reihe von kapitalistischen Staaten hat es sich bis jetzt nicht nehmen lassen, mit dem "Osten" Geschäfte zu machen. Der USA-Imperialismus hat nun eine Handhabe, solche Geschäfte zu unterbinden, die aus der Reihe tanzenden kapitalistischen Staaten zu Aktionsdisziplin zu zwingen.

Im Artikel 5 des Paktes, der "im Falle eines Angriffes gegenseitige Hilfeleistung vorsieht", werden zu den Territorien, auf die sich der Pakt bezieht, auch die Besatzungszonen der Westmächte in Deutschland und Österreich gezählt. D.h. praktisch, daß Westdeutschland und Westösterreich in den Atlantikpakt einbezogen sind. Durch diese Tatsache kommt vor allem der deutschen Bourgeoisie wieder erhöhte Bedeutung in der Weltpolitik zu. Da Westdeutschlands Rüstungspotential für die Aufrüstung der Imperialisten von großer Bedeutung ist, so sieht hier die deutsche Bourgeoisie eine große Chance für ihren Wiederaufstieg.

Der Atlantikpakt ist eines der letzten Glieder im imperialistischen Einschließungsring gegen die SU. Der in Vorbereitung befindliche Mittelmeerpakt soll die Verbindung zu den imperialistischen Positionen im Nahen Osten herstellen. Die formelle Auslegung des Paktes als "Verteidigungspakt" der "demokratischen" Staaten gegen einen Aggressor ist blanker Betrug, mit dem sich die imperialistischen Räuber tarnen wollen. Das Hauptziel der Imperialisten ist die Vernichtung des Sowjetstaates, in dem sie, trotz bürokratischer Entartung, den proletarischen Klassenstaat, den Klassenfeind erblicken. Der Krieg gegen die SU, den die Kapitalisten unter Führung des USA-Imperialismus vorbereiten, wird aber auch ein Kreuzzug gegen den Kommunismus und gegen die proletarische Revolution werden. Die Verbrechen des Stalinismus haben den revolutionären Kommunismus schwer belastet, aber die imperialistischen Kriegstreiber schreiben in ihrer Propaganda mit Hilfe der Reformisten aller Schattierungen alle diese Verbrechen, zu denen sie noch tausende Verleumdungen hinzufügen, der proletarischen Revolution zu, Nicht die Befreiung der unter der Stalinschen Diktatur schmachtenden Völker, wie sie vorgeben, ist das Kriegsziel der Imperialisten, sondern die Vernichtung der letzten Reste der Er rungenschaften der Oktoberrevolution. Sie wollen an die Stelle der stalinbürokratischen Diktatur, deren Basis das nationalisierte Eigentum und die Planwirtschaft ist, die kapitalistische Diktatur und Ausbeutung setzen. Rußland und seine Glacis sollen in kapitalistische Kolonien verwandelt werden.

Die gegen die kapitalistischen Fesseln revoltierenden Produktivkräfte treiben den Weltkapitalismus zur Eroberung neuer Märkte, zum 3. Weltkrieg. Für den Kapitalismus bedeutet die Aufrüstung und der Krieg den einzigen Ausweg aus seiner Sackgasse. Ohne Krieg erstickt der Kapitalismus in seinem Warenstrom, den niemand kaufen kann. Aber für die SU bedeutet der Krieg ein schweres Hindernis in der Weiterentwicklung ihrer Planwirtschaft. Während für den Kapitalismus das Aufgehen von Milliardenwerten in Rauch und Asche und die Vernichtung von Produktivkräften eine Voraussetzung für seine weitere Existenz bedeutet, bedeutet dies für die SU einen schweren Rückschlag in ihrem Aufbau. Daher ist nicht die SU, sondern der Weltkapitalismus der Angreifer, der die Welt in einen Atomkrieg, der die Existenz der gesamten Zivilisation in Frage stellt, hineintreibt.

Der Atlantikpakt und die "Dritte Kraft" der SP

Mit Ausnahme von Nenni (Italien) haben alle Parlamentsfraktionen der SP in den Atlantikpaktländern mit ihrer Bourgeoisie für den Pakt gestimmt. Die SP begrüßte den Atlantikpakt als ein "Instrument des Friedens", ja sie bläst in dasselbe Horn wie die imperialistischen Räuber und erklärt, daß der Atlantikpakt den Krieg verhindern wird.

Mit diesem offenen Verrat ist die "Dritte Kraft des demokratischen Sozialismus, der zwischen den Blöcken - gegen die Blöcke der Weltpolitik steht" (Oskar Pollak, Die Dritte Kraft, "Die Zukunft" Nr. I/1948) offiziell in das Lager der Imperialisten übersiedelt. Die reformistischen Verräter reden den Massen ein, daß das beste Mittel zur Verhinderung des Krieges, die Aufrüstung der "demokratischen" (lies: kapitalistischen) Länder sei. Sie schreiben lange Artikel über die Unfreiheit in den von dem russischen "Imperialismus" beherrschten Ländern und decken gleichzeitig den imperialistischen Raub in den Kolonien, ja unterstützen offiziell die Raubkriege der Imperialisten gegen die sich erhebenden Kolonialmassen.

Diese Verratspolitik dient dem kapitalistischen Imperialismus und schadet keinesfalls dem Stalinismus. Sie hilft den Massen nicht, den Verrat des Stalinismus zu erkennen, im Gegenteil, große Teile des Proletariats und vor allem die Kolonialmassen werden immer wieder in die Arme des Stalinismus zurückgeschleudert.

Die Propaganda der SP-Bürokratie für die "demokratischen Freiheiten" und gegen die "Diktatur" wird, wo es sich um den Klassengegensatz SU-Weltkapitalismus handelt, zur reinen Betrugsphrase. Dann zeigt es sich, daß es ihr nicht um Demokratie und Freiheit, sondern um die Verteidigung ihres Platzes an der Futterschüssel des Weltkapitalismus, letzten Endes um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschafts- und Ausbeutungssystems geht.

Im Kampfe zwischen Weltkapitalismus und SU, der ein wichtiger Abschnitt der Klassenkampffront zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie ist, bleiben von der Theorie des "Demokratischen Sozialismus" und der "Dritten Kraft" nichts als schöne Worte übrig.

Die "Friedens"politik des Stalinismus

Auch die stalinistische "Friedens"politik ist durch und durch opportunistisch. Ohne den Massen den Klassenunterschied zwischen der SU und dem Kapitalismus zu erklären, verwirrt und betrügt sie der Stalinismus durch seine den Interessen der Kremlbürokratie entspringende Politik. Die stalinistische Katastrophenpolitik 1945-49 lenkte die Massen von ihrem objektiven Kampf für die sozialistische Revolution ab und beutete sie nur für die Außenpolitik des Kreml aus. Anstatt die Massen tatsächlich gegen den imperialistischen Krieg, nämlich für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bis zu deren Sturz, zu mobilisieren, benützt die Kremlclique die Kampfkraft der Massen nur als Druckmittel bei ihrem bürokratischen und diplomatischen Manövern im Kampfe gegen den Imperialismus. Genau so wenig bedeuten die vom Kampf der Massen vollständig isolierten "Friedens"kongresse und die "Friedens"resolutionen von Intellektuellen, Wissenschaftlern und Künstlern einen tatsächlichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Im Gegenteil, diese Manöver verstärken noch die pazifistischen Illusionen und die Konfusion in den Massen, nämlich, daß der Krieg einer "Idologie" und nicht der ökonomischen Ausweglosigkeit der Bourgeoisie entspringt.

Auch hat der Stalinismus viel zur Wiederbelebung des Chauvinismus, dieser notwendigen Begleiterscheinung des imperialistischen Krieges, durch seine Linie des "Nationalismus" und "Patriotismus" (die Stalinisten mußten 1945-47 befehlsgemäß die besten "Patrioten" sein) beigetragen. Es war der Stalinismus, der den Massen in den kapitalistischen Staaten die nationalen Interessen, die die Interessen der nationalen Bourgeoisie sind, als die ihrigen hinstellte und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse den revolutionären Internationalismus als überholt und doktrinär hinstellte. Dieser Verrat an den Interessen der Weltarbeiterklasse, dieser Chauvinismus wird jetzt weidlich von der Bourgeoisie bei der propagandistischen Vorbereitung ihres Krieges gegen die SU ausgenützt.

Der Kreml bezeichnet die SU und seine Glacis als ein "Bollwerk der Demokratie und des Friedens". Die sowjetischen Besatzungsmethoden, die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, der diplomatische Schacher um Länder und Einflußsphären mit den Imperialisten, die polizeibürokratische Diktatur mit ihren Exzessen, all dies trägt wenig dazu bei, dem Weltproletariat und den Kolonialmassen die SU als ein solches Bollwerk erscheinen zu lassen. Im Gegenteil, die Massen identifizieren, durch diese Tatsachen und die Propaganda des Imperialismus und seiner Lakaien beeinflusst, die Methoden des Stalinismus mit denen des Imperialismus und dadurch auch die SU mit einem imperialistischen Staat. Die Zentristen aller Schattierungen, die die SU als "staatskapitalistisch" und "imperialistisch" bezeichnen, leisten hier, trotz ihres ehrlichen Kampfes gegen den Kapitalismus, objektiv der Konterrevolution dieselben Dienste wie die SP.

Die opportunistische, die Massen verwirrende Gesamtpolitik des Stalinismus, entwaffnet dieselben in ihrem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg. Ja diese Verratspolitik erleichtert sogar der Bourgeoisie und ihrem reformistischen Lakaien, große Teile der Massen, gegen ihre eigenen Interessen, für den Krieg gegen die SU zu mobilisieren. Der Kampf gegen den Atlantikpakt und für den "Frieden" auf der Linie des Stalinismus, die letzten Endes defaitistisch ist, ist auf keinen Fall ein wirkungsvolles Mittel, um den allimperialistischen Krieg gegen die SU zu verhindern.

Nur der revolutionäre Kampf gegen den Kapitalismus ist Kampf für den Frieden und gegen den Krieg!

Ist der Krieg unvermeidlich? Keineswegs. Der Weltkapitalismus unter Führung des USA-Imperialismus bereitet allerdings planmäßig das 3. imperialistische Weltgemetzel vor. Aber er hat noch ein gewaltiges Hindernis bis zum Ausbruch des Krieges zu überschreiten: Der ehrliche Friedenswille der Massen und ihr Widerstand gegen den Krieg ist noch viel zu groß, als daß sie ohne Gefahr für den Kapitalismus selbst nach so kurzer Zeit neuerlich ohne weiteres zur Schlachtbank geführt werden können. Trotz ihrer verräterischen Führung sind die Massen noch in keinem einzigen Lande entscheidend geschlagen, ja die Kolonialmassen sind sogar in aktiver Bewegung (China, Südostasien). Andererseits ist die Stabilisierung des Kapitalismus eine relative, die revolutionären Kämpfe in den Kolonien, der Ausbruch der Krise kann ihn rasch wieder aus dem Gleichgewicht bringen.

Die Friedenssehnsucht der Massen wird von den verschiedensten "Pazifisten", Weltverbesserern und selbstverständlich auch von den Pfaffen genützt. Der Zulauf dieser Leute ist ein objektiver Ausdruck für das Versagen der traditionellen Führung der Arbeiterklasse, die nicht imstande ist, den Massen den einzig möglichen, den revolutionären Ausweg zu zeigen.

Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß sich das Kräfteverhältnis im Klassenkampf zwischen Weltarbeiterklasse (einschließlich der SU) und Weltbourgeoisie seit 1945 zu Ungunsten der Arbeiterklasse verschoben hat, dank des Verrates von SP und Stalinpartei. Welchen Punkt diese Verschiebung bereits erreicht hat und welchen sie noch erreichen wird, wird einzig und allein der Kampf entscheiden.

Aber dieser Kampf muß international mit für die gesamte Arbeiterklasse klaren Zielen geführt werden. Er muß den Weg zur sozialistischen Revolution, die allein den Krieg verhindern kann, eröffnen.

Kampf für den Frieden, gegen den Krieg, bedeutet Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Ausgehend von den geringsten Tagesforderungen der Massen muß dieser Kampf, alle Tages- und Teilkämpfe zusammenfassend, mit dem Kampfe für das gemeinsame Ziel, die internationale sozialistische Revolution, verbunden werden.

Die Führung in diesem Kampfe können weder die SP, die mit der Bourgeoisie verbunden ist, noch die Stalinisten, die vom Kreml abhängig sind, noch die Zentristen, die zwischen den beiden Lagern hin und her schwanken, übernehmen.

Diese entscheidende Rolle fällt in den kommenden Kämpfen der IV. Internationale und ihren Parteien zu. Von ihrem Ausbau und Entwicklung zur neuen revolutionären Führung der Massen hängt die Entscheidung ab.

WOHIN GEHT DIE SCHARFBEWEGUNG?

=====

Die erste Konferenz der fortschrittlichen Sozialisten.

Wenn wir die Ergebnisse der in Wien am 12. und 13. März abgehaltenen ersten Konferenz der Scharfbewegung kritisch zusammenfassen, so müssen wir feststellen, daß ihr politisches Ergebnis äußerst schwach ist. Um einer konkreten programmatischen Erklärung auszuweichen, wurde von der Konferenz beschlossen, "daß die Ziele der Bewegung im wesentlichen im Buch des Gen. Scharf 'Ich darf nicht schweigen' ausführlich niedergelegt sind". Nun handelt es sich bei diesem Buch vornehmlich um eine polemische Streitschrift gegen die Politik der heute die SP führenden rechten Parteispitze und es fehlt ihr gerade die programmatische Klarstellung ihrer eigenen Ziele und Absichten, wie die Abgrenzung von allen anderen politischen Gruppierungen innerhalb der Arbeiterbewegung.

Das Fehlen eines klaren politischen Programms ist aber kein Zufall, sondern der typische Ausdruck einer zentristischen Bewegung. Diese vereinigt zentrifugale Kräfte verschiedener politischer Richtungen, die nur so lange in einer gemeinsamen Organisation zusammengehalten werden können, als sie einer Klärung der politisch entscheidenden Fragen und somit der Festlegung einer bestimmten politischen Linie ausweicht. So vermeidet Scharf und der von ihm geleitete "Neue Vorwärts" auch weiterhin jede Abgrenzung gegenüber dem Stalinismus und seinen bürokratisch-polizeilichen Unterdrückungsmethoden. Er verzichtet auch weiterhin auf die Propagierung eines revolutionären Aktionsprogramms, das einzig und allein imstande wäre, die Arbeiterklasse im Kampfe um ihre unmittelbaren Tagesinteressen zu mobilisieren, die Kampf-Einheitsfront aller Arbeiter-

organisationen herzustellen und durch die direkten Kampfaktionen der Massen "den Bruch der Schicksalsgemeinschaft zwischen der ÖVP, als Partei des Kapitalismus und der SP-Spitze zu erzwingen", wie es im Punkt 1 des auf der Konferenz beschlossenen Wahlprogramms heißt. Scharf will dagegen den außerparlamentarischen Kampf der Massen durch bürokratisch-parlamentarische Kombinationen ersetzen und legt auch das Hauptgewicht der politischen Aktion seiner Bewegung darauf, "in diesem Wahljahr alle Kräfte einzusetzen, um ihre Vertreter, an der Spitze Genossen Erwin Scharf, ins Parlament und die anderen Vertretungskörperschaften zu bringen....". Das bürgerliche Parlament kann aber niemals den Kampf der Massen ersetzen, es kann im besten Falle als Tribüne für diesen Kampf ausgenützt werden.

Punkt 2 des Wahlprogramms schlägt vor, "eine gemeinsame Front aller Kräfte der Arbeiterbewegung gegen die kapitalistische Reaktion und gegen die weitere Festigung des Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Menschen herzustellen". Dieser Forderung nach Herstellung einer Kampf-Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen können wir nur voll zustimmen, so wie dem Punkt 3, der vorsieht, "alle Kräfte zusammenzufassen, bzw. mit allen zusammenzuarbeiten, die bereit sind, die Sehnsucht der österreichischen Arbeiterschaft - den Sozialismus - zu verwirklichen". Der Pferdefuß kommt aber im Punkt 4, wo es heißt: "Zusammenarbeit mit allen in der Arbeiterbewegung und darüber hinaus in den demokratischen Mittelschichten, die willens sind, außenpolitisch eine Politik der ehrlichen Neutralität gegenüber allen Mächten zu betreiben, um so für Österreich den Staatsvertrag und den raschen Abzug aller Besatzungstruppen zu erreichen."

In dieser verschwommenen Formulierung widerspiegelt sich der stalinistische Grundcharakter der Politik Scharfs. "Zusammenarbeit mit den demokratischen Mittelschichten" bedeutet in der Sprache des Kreml Zusammenarbeit mit jenen Teilen der Bourgeoisie, die bereit sind, die Außenpolitik der SU zu akzeptieren ("Volksfrontpolitik", "Demokratische Konzentration"). Genau so wie die Stalinbürokratie ist Scharf bereit, die Interessen der Arbeiterklasse und der Massen den Erfordernissen der Außenpolitik der SU zu opfern. Genau so wie die Stalinbürokratie will Scharf den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie durch einen Kampf um die Bourgeoisie ersetzen. Das ist dieselbe Katastrophenpolitik mit der die Kremlclique die Arbeiterklasse Westeuropas von den Höhen des proletarischen Klassenkampfes 1945/46 in die heutige Lage geführt hat - die Bourgeoisie ist dabei immer stärker geworden. Österreich ist ein Klassenstaat der österreichischen Bourgeoisie und die Außenpolitik eines Staates wird in erster Linie durch seinen Klassencharakter bestimmt. Das bedeutet nicht, daß deshalb die österreichischen Arbeiter kein Interesse an der Außenpolitik haben. Im Gegenteil, die österreichischen Arbeiter haben ein großes Interesse, daß diese Außenpolitik geändert wird, und zwar liegt in ihrem Interesse nicht nur eine neutrale Außenpolitik, sondern eine Außenpolitik, die die SU gegen die imperialistischen Raubpläne verteidigt. Aber bevor die österreichischen Arbeiter dazu kommen, Außenpolitik zu machen, da müssen sie vorher noch ihre eigene Bourgeoisie stürzen. Diese "Kleinigkeit" übergehen die Scharf & Co. und betrügen dabei die Massen. Denn die Stalinbürokratie und Scharf, der in diesen Fragen mit ihr geht, wollen selbstverständlich auch eine Änderung der Machtverhältnisse, ohne dabei aber die Massen für ihre eigenen Interessen mobilisieren zu müssen, nicht auf revolutionärem sondern auf bürokratischem Wege. Ihr Ziel ist die Volksdemokratie, die bürokratische Polizeidiktatur der Stalinbürokratie, die nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Massen unterdrückt. Für diesen Kampf um

ihr bürokratisches Ziel beutet die Stalinbürokratie die Kampfkraft der Massen aus und Scharf unterstützt sie dabei bedingungslos, ob bewußt oder unbewußt ist eine Frage von nebensächlicher Bedeutung. Die ehrlichen revolutionären Elemente innerhalb der Scharfgruppe, und deren gibt es nicht wenige, müssen sich dieser Tatsache bewußt sein, wollen sie wirklich den Weg zum revolutionären Internationalismus finden.

Die Konferenz beschloß ferner die Gründung einer das ganze Land umfassenden "Vereinigung fortschrittlicher Sozialisten - Freunde des neuen Vorwärts", die somit die legale Basis der Organisation Scharfs bilden soll. Diese Entscheidung wurde wahrscheinlich in Hinblick auf die bisher ablehnende Haltung der westlichen Alliierten gegenüber allen neuen Parteigründungen gefaßt. Wenn wir nun abschließend die Frage stellen, wohin die Scharfbewegung geht, so müssen wir nach Überprüfung der Ergebnisse ihrer ersten Konferenz unsere Einschätzung, wie wir sie in der Dezember-Jänner Nummer 39/40 des "Spartakist" gaben, erneut unterstreichen. Wir schrieben damals: "Scharf ist stalinistisch orientiert...., denn vollkommen abgesehen von seinen subjektiven Wünschen, ist die Politik, die Scharf vorschlägt und selbst betreibt, objektiv pro-stalinistisch und bürokratisch. Im wesentlichen fußt seine Politik trotz aller Worte nicht auf der revolutionären Kampfkraft der Massen, sondern auf bürokratischen Kombinationen und Manövern, welche eine Unterstützung durch die teilweise Mobilisierung der Massen in sich einschließen. Der Weg der tatsächlichen Mobilisierung der ausgebeuteten Massen ist nicht sein Weg. Gerade das aber ist es, was die Massen erwarten, was die wirklich kritisch eingestellten sozialistischen Arbeiter instinktiv erhoffen". Diese Einschätzung wurde durch die jüngste politische Entwicklung innerhalb der Scharfbewegung vollauf bestätigt. Der versteckt pro-stalinistische Kurs des führenden bürokratischen Klüngels wie seine undemokratischen Organisationsmethoden, die auch bei der Organisierung und Vorbereitung der Länderkonferenz zum Ausdruck kamen, stoßen auf immer schärferen Widerspruch aller ehrlichen sozialistischen Arbeiter innerhalb der Bewegung. Sie fordern innere Parteidemokratie, eine klare Abgrenzung vom Stalinismus und die Schaffung einer wirklich unabhängigen revolutionären Klassenpartei, die sich in erster Linie auf die Arbeiter stützen soll.

Der stalinistische Kurs¹⁾ hemmt nicht nur die Entwicklung der fortschrittlichen Sozialisten selbst, sondern auch die Klärung der anderen oppositionellen Gruppen innerhalb der SP. Als Scharf vor einem halben Jahr mit seiner mutigen Kritik gegen den Parteivorstand auftrat, haben viele ehrliche Arbeiter in der SP neue Hoffnung geschöpft. Sein immer offeneres Übergehen zum Stalinismus bedeutete für die meisten von ihnen eine schwere Enttäuschung.

Es ist unsere Aufgabe, die ehrlichen, kritischen Arbeiter innerhalb der fortschrittlichen Sozialisten und innerhalb der SP in ihrem Kampfe gegen Reformismus, bürokratische Bevormundung und Stalinismus zu unterstützen. Nur eine sowohl von Washington als auch vom Kreml unabhängige Opposition wird den Weg zur neuen revolutionären Klassenpartei, zur IV. Internationale finden.

+) Scharfs

STREIFLICHTER:

=====

Die Arbeitslosigkeit in Belgien. (LPD) Die wirtschaftliche Konjunktur in Belgien, das Wunder des Wiederaufbaus, wie sie von der kapitalistischen Presse der ganzen Welt bezeichnet wurde, ist von einer plötzlich hereinbrechenden Welle der Arbeitslosigkeit unterbrochen worden. Seit Ende 1948 gibt es 250.000 bis 300.000 Arbeitslose.

Da die Arbeitslosigkeit in bestimmten Teilen des Landes konzentriert ist, so ist das Elend des Proletariats noch viel größer als es die Ziffern vermuten lassen. So sind im Hafen von Antwerpen von 16.000 Hafenarbeitern 12.000 schon seit Monaten arbeitslos. In Flandern hat die Mehrzahl der Textilfabriken geschlossen.

Die Arbeitslosigkeit kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Export hatte in den letzten Monaten von 1948 die bisher höchsten Ziffern erreicht und Belgien hatte eine vorteilhafte Handelsbilanz. Die Weihnachtsverkäufe hatten alle Rekorde geschlagen. Noch nie hatte die belgische Bourgeoisie solche enormen Profite eingeheimst wie im Jahre 1948, die das Vierfache ~~der im Jahre 1946~~ erzielten betragen. Die industrielle Produktion hatte das Niveau von 1938 um 25% überschritten.

Die bürgerlichen "Wirtschaftsfachleute" betrachten die gegenwärtige Arbeitslosigkeit mit Wohlgefallen als die "Rückkehr zum Gleichgewicht und der wirtschaftlichen Normalisierung", wie die konservative Zeitung "La Libre Belgique" schreibt. Daß die Kapitalisten eine Arbeitslosigkeit so großen Ausmaßes, wie sie heute in Belgien herrscht, als normal bezeichnen, ist nicht überraschend. Marx hat schon vor 100 Jahren aufgezeigt, daß das Vorhandensein einer großen industriellen Reservearmee eine wichtige Waffe in der Hand der Kapitalisten sei, um die Löhne der Arbeiter möglichst tief zu halten. Die Arbeiter können aber so einen Zustand nicht als normal betrachten, außer sie würden ihrer eigenen Vernichtung zustimmen. Mehr als 1 Million Männer, Frauen und Kinder entbehren heute in einem Lande, das voll Waren und Reichtümer ist, der notwendigsten Bedarfsgegenstände.

Die belgische SP, die die Regierung führt, versucht die Arbeitslosigkeit aus reinen Konjunkturgründen zu erklären. Sie behauptet, daß gewisse Industrien, wie die Textilindustrie, die 1945 einen unbeschränkten Markt hatten, eine übertriebene Expansion betrieben hätten, während andere Industrien, wie das Baugewerbe, erst langsam mit ihrer Produktion beginnen. Sie tritt für eine geplante Wirtschaft ein, die die Mängel des Kapitalismus überwinden soll. Eine planwirtschaftliche Organisation der gesamten Produktion ist aber erst dann möglich, wenn man sämtliches Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln verstaatlicht, die Bourgeoisie entmachtet, den proletarischen Staat aufrichtet. Aber einen solchen Weg kann die SP als getreuer Lakai der Bourgeoisie nie beschreiten.

Die belgische Stalinpartei versucht nun, in dieser Situation etwas von dem ihr im vergangenen Jahr verloren gegangenen Boden zurückzugewinnen. Wie bei ihr zu erwarten ist, erklärt sie die Krise durch den Marshallplan. Nach ihrer Argumentation verdrängen die amerikanischen Produkte die belgischen von "ihrem" Markt, was daher zur Schließung der "einheimischen" Industrie führt. Die Absurdität dieses Arguments wird erst klar, wenn man bedenkt, daß die amerikanischen Exporte nach Belgien während der letzten beiden Jahre dauernd nachgelassen haben. Spaak und die anderen reformistischen Führer haben es leicht, diese demagogische Argumentation der Stalinisten zu bekämpfen.

Aber diese Politik der Stalinpartei ist darauf berechnet, den von ihr an den Interessen der Arbeiterschaft in der Vergangenheit begangenen Betrug zu decken. Die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nämlich in der von der Stalinpartei seit der Befreiung bis zum Jahre 1948 verteidigten Politik "der Produktion für den Export ohne Lohnforderungen". Dank dieser Politik stieg die belgische Produktion 25% über den Stand von 1938, während der Lebensstandard der Massen 30% niedriger als in der Vorkriegsperiode ist. Die von den Kapitalisten in Form verschiedener Profite eingesteckte Differenz hatte einen Rückgang des inneren Marktes zur Folge, was die grundlegende Ursache der heutigen Krise ist.

Die Politik "der Produktion für den Export" hat die Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Politik des "nationalen Wohlergehens", die nun heute von der Stalinpartei vorgeschlagen wird, kann nur zur Senkung der Löhne führen. Die ganze stalinistische Orientierung geht heute auf die Verteidigung der einheimischen Industrie gegen die amerikanische, um die Arbeitslosigkeit zu verhüten. Die Kapitalisten sind mit dieser Politik vollkommen einverstanden, aber sie sagen, daß, wenn man der internationalen Konkurrenz entgegentreten will, es nötig ist, die Arbeitslöhne zu verringern. Das erste Ergebnis der gesteigerten Arbeitslosigkeit wird ein Angriff der Kapitalisten auf die Löhne sein. Die stalinistische Politik entwaffnet aber die Arbeiter diesem Angriff gegenüber. Nur eine wirklich revolutionäre Politik, die die Massen gegen den Kapitalismus, die erste Ursache jeder Arbeitslosigkeit, mobilisiert und die sofortige Öffnung aller Fabriken unter Arbeiterkontrolle, wie die Verteilung der Arbeit unter alle Arbeiter ohne Lohnherabsetzung verlangt, kann der Arbeiterklasse greifbare Resultate in ihrem Kampfe bringen.

Die SWP gegen die Anwendung der Ausnahmegesetze gegen die Stalinpartei in den USA. (I.P.D.) In den USA wird derzeit auf Grund des "Smith-Act" vom Jahre 1940 ein Prozeß gegen 12 führende Funktionäre der amerikanischen Stalinpartei durchgeführt. Es ist dasselbe Gesetz, durch das im Jahre 1941 18 führende Funktionäre und Mitglieder der "Socialist Workers Party", unserer amerikanischen Bruderpartei, zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wurden. Während die Stalinisten damals auf jeden Protest gegen die Verurteilung unserer Genossen verzichteten, ja im Gegenteil sogar eine öffentliche Kampagne gegen jedwede moralische Unterstützung zur Verteidigung der verurteilten Trotzisten durchführte, haben die amerikanischen Trotzisten der Stalinpartei und allen Arbeiterorganisationen sofort die Bildung einer Einheitsfront zum Kampf gegen den "Smith-Act" vorgeschlagen. Trotz der Weigerung der Stalinisten derselben beizutreten, führen sie den Kampf gegen den "Prozeß der 12" und den "Smith-Act" weiter.
